

Sahnssteiner Tageblatt

Kreis-Preis.
Für unsere Boten in's
Land gebracht, monatlich
1.00 Mk., bei der Post ab-
geschickt vierteljährlich 2.70 Mk.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verordnungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
montags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
25 Hg., ausserhalbige An-
zeigen 30 Hg.

Nr. 156.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Inh. Fritz Röhre) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 23. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Röhre, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Dem zuständigen Referenten der Ober-Postdirektion ist bei einer Dienstreife im unbefestigten Gebiet des Bezirks auf-
gefallen, daß ungemein viele Porzellan-Doppelgloden, die
zur Isolierung der Telegraphen- und Fernspreitleitungen
an den Telegraphenstangen dienen, zertrümmert sind. Diese
Beschädigungen können in den meisten Fällen nur vorsätz-
lich erfolgt sein. Die Beschaffung neuer Porzellan-Doppel-
gloden stößt gerade jetzt wegen Mangels an Rohstoffen auf
große Schwierigkeiten; auch ist die Auswechslung bei den
Leitungen mit erheblichen Kosten verknüpft. Der Tele-
graphen- und Fernsprechverkehr ist zur Zeit so rege, daß
jede Leitungsstörung von nur kurzer Dauer für die
Allgemeinheit sehr unangenehm fühlbar machen. Es muß
daher alles ferngehalten werden, was den Telegraphen- und
Fernsprechverkehr beeinträchtigen kann.

Die Landratsämter werden erg. ersucht, die nachgeordne-
ten Polizeibeamten anzuweisen, Beschädigungen der Reichs-
telegraphenlinien möglichst zu verhüten und die Täter e. F.
zur Anzeige zu bringen. Für die Ermittlung der Täter
bitten von der Ober-Postdirektion Belohnungen gewährt
werden.

Im weiteren wäre es sehr erwünscht, wenn die Be-
schädigung in geeigneter Weise durch die Bürgermeisteräm-
ter, durch die Kreisblätter uvm. auf die strafgesetzblichen Be-
stimmungen (§ 317 St. G. B.) hingewiesen würden, wonach
die vorsätzliche Beschädigung der Reichstelegraphenanlagen
mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren be-
straft wird.

Da die Beschädigung erfahrungsmäßig oft durch jugend-
liche Personen verursacht werden, ist auch die Schulbehörde
ersucht worden, auf die Jugend durch die Lehrer entspre-
chend einzuwirken.

Frankfurt (Main), 2. Juli 1919.

Ober-Postdirektion.

J. V.: gez. Unterschrift.

Wird hiermit veröffentlicht. Die Ortspolizeibehörden
und Gendarmen ersuche ich um Beachtung.
St. Goarshausen, den 12. Juli 1919.

Der Landrat: J. S. Klemm

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Ein Fehlschlag.

Rotterdam, 22. Juli. Der „Nieuwe Rotterd.
Cour.“ schreibt zu dem Streik in Berlin: Soweit hier ein
Sympathiestreik vorliegt, so wird gestreift für die Tatsache,
daß der Feind an der Arbeit bleibt. Soweit es jedoch De-
monstrationsstreik ist, so demonstriert er, daß die Ber-
liner mit ihren internationalen Ansichten allein stehen und
daß die Sympathie die für die französischen und englischen
Proletarier empfinden, keineswegs erwidert wird.

Das Organ der niederländischen Sozialisten, „Het Volk“
stellt fest, daß sich in England, Frankreich und Italien, so
auch in Holland der für diesen Tag anberaumte allgemeine
Streik ein Fehlschlag sei.

Der internationale Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 22. Juli. Der internationale Ge-
werkschaftskongress beginnt am Montag, den 28. Juli. Fol-
gende Länder werden vertreten sein: Nordamerika, Argen-
tinen, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Eng-
land, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg,
Norwegen, Österreich, Serbien, Spanien, Schweden,
Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.

Im Birkenfeld.

Birkenfeld, 22. Juli. Die Zentrumspartei der
Provinz Birkenfeld hat bei den maßgebenden Instanzen
den Antrag gestellt, daß in dem parlamentarischen Beirat
für die Rheinlande auch die Provinz Birkenfeld durch ei-
nen eigenen Abgeordneten vertreten wird.

Freistaat Thüringen.

Weimar, 22. Juli. Wie verlautet, liegt die grund-
sätzliche Entscheidung des preussischen Staatsministeriums
vor in loyaler Weise die Schritte zu fördern, die auf
Erfassung eines selbständigen Freistaates Thüringen unter
Einbeziehung der dazu notwendigen preussischen Gebiets-
teile gerichtet sind.

Oberschlesien preussische Provinz.

Berlin, 22. Juli. Die „Morgenpost“ meldet: Zur
oberschlesischen Frage erhobten wir von zuständiger Seite,
daß die preussische Staatsregierung beabsichtigt, den preu-
ßischen Provinzen weitgehende Autonomie zu gewähren
und in diesem Sinne einen Gesetzentwurf ausgearbeitet
hat. Falls Oberschlesien für Deutschland votieren sollte,

so soll eine Provinz Oberschlesien errichtet werden. Damit
würde den Selbstständigkeitsbestrebungen weitgehend entge-
gengekommen.

Zum Fall Manheim.

Genf, 21. Juli. Eine Havasdepesche meldet: Die
französische Regierung hat beschlossen, auf Zahlung der ge-
forderten Buße für die Tötung des französischen Sergeanten
Manheim in Berlin durch Deutschland zu bestehen. Eine
neue Note an Deutschland wird die nochmalige Forderung
innerhalb einer angemessenen Frist aussprechen. Die Ha-
vasdepesche fügt hinzu, daß bis zur Ratifizierung des Frie-
densvertrags durch das französische Parlament der Kriegs-
zustand mit Deutschland noch fortbesteht.

Eine Militärmacht von China bis zum Rhein.

Amsterdam, 22. Juli. Englischen Blättern zufolge
hielt Churchill bei einem Abendessen des Briten-Russen-
Klubs eine Rede, in der er erklärte:

„Die militärische Lage in Russland mache eine gespannte
Phase durch. Die nächsten Wochen würden wahrscheinlich
entscheiden, ob die Erfolge Denikins den Druck, der auf
Kollschal ausgeübt werde, beseitigen und es Kollschal mög-
lich machen würden, sich zu erholen. Die siegreichen Nati-
onen — sagte Churchill weiter — rüsten ab, die Bolschewiken
dagegen tun das Gegenteil. Der Bolschewismus entwickelt
sich zu einer Militärmacht, die in der Lage sein wird, mit
Deutschland zusammenzugehen. Er (Churchill) sei gezwun-
gen, darauf hinzuweisen, daß sich von China bis zum
Rhein eine große Masse Bewaffneter bilden könne, die von
Hag gegen die Ententemächte durchdringen und durch die
Aussicht auf Raub und Mord getrieben werde.“

Der Kaiser kein gebrochener Mann.

Der Wirkliche Geheime Rat v. Berg, zuletzt Chef des
Zivilkabinetts des Kaisers, hat zur Zeit, als die Mehrheit
der Nationalversammlung die Auslieferungsforderung an-
nahm, bei Kaiser Wilhelm II. geweilt und gibt darüber in
dem sonntäglichen Volksblatt „Der Aufrechte“ folgenden
Bericht: „Ich war zehn Tage in Amerongen, ein unend-
lich wehmütiges und bewegendes Wiedersehen, aber doch
eine große Freude, zu sehen, daß der Kaiser kein gebrochener
Mann ist. Wohl sind die Züge scharf geworden, aber still
und mit Würde trägt er als ein wahrer Christ sein schweres
Los, viel schwerer tragend am Schicksal des Vaterlandes als
an dem eigenen. Es kommen auch Stunden der Bitterkeit,
aber sie werden in ruhiger Aussprache überwunden, und
immer wieder kommen Güte und selbst stille Heiterkeit eines
Mannes mit reinem Willen hervor. Nicht eine Anklage
wurde laut, als bekannt wurde, daß auch die Paragraphen
der Auslieferung angenommen worden seien. Nur leiser
Trost wurde der Kaiserin zugesprochen, dieser selbstlosen,
wundervollen Frau, die auch ihr Leid wie eine Krone
trägt, deren schwankende Gesundheit bei diesem neuen
Schlage zusammenzubrechen drohte. Wie viele, die sich
nicht scheuen, dieses Kaiserpaar zu schmähen, könnten wohl
lernen von dieser stillen Größe in schwerster Schicksalsstunde.“

Neuwahlen der Provinziallandtage.

Der Gemeindevorstand der preussischen Landesversam-
mlung hat den Gesetzentwurf betr. die Neuwahl der Pro-
vinziallandtage in einigen Punkten abgeändert. Danach
soll die Neuwahl bis 1. September d. J. (nach dem Entwurf
bis 1. August) erfolgen. Die Bestimmungen über die der
Feststellung der Zahl der Abgeordneten zugrundeliegende
Einwohnerzahl ist dahin ergänzt, daß in die Einwohnerzahl
nach der Volkszählung von 1910 die Militärpersonen ein-
zuschließen sind. Unverändert geblieben sind die Bestim-
mungen über das passive Wahlrecht (Vollendung des 20.
Lebensjahres, seit mindestens 6 Monaten Wohnsitz in der
Provinz) und über die Wahl der Abgeordneten der Stadt-
kreise, die durch Stadtverordnetenversammlung gewählt
werden.

Die Wahl erfolgt, sofern mindestens zwei Abgeordnete
von einem Stadt- oder Landkreise oder einem aus zwei
verbundenen Kreisen gebildeten Wahlbezirk zu wählen sind,
nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl. Ersatzwahlen
finden in diesem Falle nicht statt. Die Wahlvorschläge
finden um die Hälfte mehr Namen enthalten, als Abge-
ordnete zu wählen sind. Zur Erreichung eines Wahlvor-
schlages sind drei Unterschriften erforderlich. Die näheren
Bestimmungen über die Durchführung der Verhältniswahl
erläßt der Provinzial-Ausschuß.

Die Neuwahlen zum Provinzial- (Landes-) Ausschuss
und zu den Provinzial- (Bezirks-) Kommissionen sind bei
der ersten Tagung des Provinzial- (Kommunal-) Landtages
vorzunehmen. Sie erfolgen nach dem Verhältniswahl-
system. Die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter
hat auf Grund getrennter Wahlvorschläge zu erfolgen.
Zur Einreichung eines Wahlvorschlages sind sieben Unter-
schriften erforderlich. Der Vorsitzende des Provinzial-
Ausschusses dem Provinziallandtag in getrennter Wahl-

Ausschusses und dessen Stellvertreter werden aus den Mit-
gliedern des Provinzial-Ausschusses vom Provinzialland-
tag in getrennter Wahlhandlung durch Stimmenmehrheit
gewählt. Im übrigen werden die näheren Bestimmungen
über das Verhältniswahlssystem durch Beschluß des neuen
Provinzial- (Kommunal-) Landtages festgelegt.

Die Bestimmungen, denen zufolge Beamte von der
Wahl zum Provinzial- (Landes-) Ausschuss ausgeschlossen
sind, werden aufgehoben. Die Bestimmungen der Pro-
vinzialverordnungen und sonstigen Gesetze, die den Vor-
schriften dieses Gesetzes entgegenstehen, werden aufgehoben.

Der Parteitag der Demokraten.

Berlin, 21. Juli. Die politische Debatte auf dem
Parteitag der deutschen Demokratischen Partei fand trotz
der oft sehr erregten Auseinandersetzungen der vorherge-
gangenen Tage heute einen im wesentlichen sehr versöhn-
lichen Abschluß. Der preussischen Fraktion wurde u. a. ein
Antrag überwiesen, dahin zu wirken, daß einem nach
demokratischen Grundsätzen gewählten Kirchentage der evan-
gelischen Landeskirche sofort alle Rechte des früheren lan-
desherrlichen Kirchentages übertragen werden, die durch die
preussische Verfassung auf drei von der Regierung be-
stimmte Staatsminister evangelischen Glaubens übergegan-
gen sind. Ein weiterer Antrag auf Herbeiführung partei-
politischer Erleichterungen für die Parteifreunde in den be-
setzten Gebieten wird dem geschäftsführenden Ausschuss
überwiesen. Abg. Dr. Petersen, der vorgestern das bereits
gemeldete Referat über die Tätigkeit der Fraktion in
Weimar erstattet hatte, führte in seinem zusammenfassenden
Schlußwort aus, daß der Parteitag keine wesentlichen Mei-
nungsverschiedenheiten gezeigt habe. Die Behauptung des
Führers v. Richthofen, das Schicksalsproblem sei nur ange-
nommen worden, weil die Demokraten aus der Regierung
ausgetreten seien, sei falsch. Die demokratische Fraktion
habe sich zuerst mit Zentrum und Sozialdemokratie auf
einer breiten Basis über ein Kompromiß geeinigt, das die
konfessionelle Schule so gut wie ausgeschlossen habe. We-
gen dieses weitgehenden Kompromisses sei sie dann in der
sozialdemokratischen Presse stark getadelt worden. Dann sei
das Zentrum gescheitert, und nach dem Ausscheiden der De-
mokraten aus der Regierung hätten die Sozialdemokraten
die das weitergehende Kompromiß gerügt hatten, mit dem
Zentrum sich über das heutige Kompromiß geeinigt. Die
Verantwortung für dieses rüdfällige Schicksalskompromiß
treffe ausschließlich die Sozialdemokratie. Graf Bernstorff
wies im wesentlichen darauf hin, daß sein Referat keinen
Widerpruch gefunden habe. Im Interesse der allgemeinen
Politik sollte man den Streit über die Zweckmäßigkeit oder
Unzweckmäßigkeit der Unterzeichnung des Friedensdoku-
mentes begraben.

Nach zusammenfassenden Worten des Vorsitzenden Koch
erfolgte die Abstimmung über die zahlreichen Anträge. Die
entscheidende Abstimmung ergab mit großer Mehrheit die
Ablehnung des Antrages Frankfurt, der den Austritt aus
der Koalition mißbilligt. Mit großer Mehrheit wurde ein
Vertrauensvotum für die Fraktion angenommen.

Keine Reichsinferatensteuer.

Unter den Steuerarten, die zur Entlastung unserer
schwerbedrängten finanziellen Lage in Vorschlag gebracht
wurden, befand sich auch eine Steuer auf Zeitungsinsertate.
Diese sollte durch einen Aufschlag für jedes Inserat zur
Erhebung kommen, wobei die verschiedenen Arten der In-
serate auch eine verschiedene hohe Abgabestufe aufweisen
würden. Luxus- und Vergnügungsinsertaten sollten am
höchsten besteuert werden, Todesanzeigen dagegen steuer-
frei bleiben. Die Einführung dieser Steuerart würde eine
verhältnismäßig einfache sein, da die Zeitungsredaktionen
beauftragt werden, die Steuerbeträge abzuführen. Wie
uns mitgeteilt wird, dürfte vorerst jedenfalls nicht mit
einer Inferatensteuer zu rechnen sein, da sowohl die amt-
lichen Stellen wie auch die Parteien dieser Besteuerungs-
art ablehnend gegenüber stehen. Dazu wird noch berichtet:
Der Petitionsausschuß der Nationalversammlung hat die
bei ihm eingegangenen Vorschläge auf Einführung einer
Inferatensteuer verworfen. Man brauche ein großzügiges
Steuerprogramm, das nicht einzelne Gewerbetreibende be-
lastet, andere freiläßt. Vorge schlagen werden von allen In-
seraten eine Reichssteuer von zehn Prozent, bei Luxus- und
Vergnügungsanzeigen zwanzig Prozent zu erheben.

Verschiedene politische Nachrichten.

Berlin, 22. Juli. Prinz Max von Baden, der frü-
here Reichskanzler, der sich zuletzt in einer Stadt am Bodensee
aufhielt, ist dieser Tage in einem Motorboot nach der
Schweiz geflüchtet, nachdem ihm mitgeteilt worden war,
die Kommunisten wollten einen Aufschlag auf ihn ausführen.
Daraufhin ist der Prinz mit seiner Familie unter Mitnah-
me von Geld und Wertpapieren zum persönlichen Bedarf
geflohen.

München, 22. Juli. Am 1. August wird das seit dem 25. April in Bayern bestehende Standrecht und die damit verknüpften Standgerichte aufgehoben. An ihre Stelle treten die durch das Gesetz neu organisierten Volksgerichte.

Stuttgart, 22. Juli. Bei Kundgebungen der Unabhängigen kam es in Heilbronn zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Ein Teil der Demonstranten versuchte, in die Kaserne einzudringen, um sich die Waffen anzueignen. Bei der Abwehr des Angriffs wurde ein 17-jähriger Bursche getötet und mehrere Demonstranten verletzt.

Paris, 21. Juli. Intransigant meldet, daß die Alliierten die Auslieferung des Kaisers, sowie von 167 deutschen Staatsmännern und Soldaten verlangt haben. Das Gericht der Alliierten werde seinen Sitz in Paris und nicht wie früher berichtet, in London haben.

Amsterdam, 22. Juli. Den englischen Blättern zufolge teilte Churchill mit, daß die Stärke der britischen Truppen in Ägypten und Indien nicht herabgesetzt werden könne. Die englische Rheinarmee, die augenblicklich aus 10 Divisionen bestehe, würde später auf zwei Divisionen herabgesetzt werden.

Amsterdam, 22. Juli. Wilson ist an Diphtherie erkrankt. Demzufolge konnte die Besprechung des Friedensvertrags im Senat nicht stattfinden.

Die Verzögerung der Ratifikation hat in der Geschäfts-welt Verwirrung hervorgerufen. Die Zusage Schan-tung an Japan hat Wilson mehrere Proteste eingebracht, der erklärte, Japan wäre sonst aus der Konferenz ausge-schieden. Die Opposition im Senat gegen Wilson nimmt ständig zu.

Versailles, 20. Juli. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer bezieht Dubois die Kriegsschuldung Deutschlands an Frankreich auf 200 Milliarden Franken.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli. Die zweite Beratung des Ver-fassungsentwurfs wird mit dem

Art. 18, Territorialgliederung des Reichs, fortgesetzt, zu dem der Kompromißantrag Lohse (Soz.), Trim-born (Zentr.), Heine (Dem.) vorliegt. Nach diesem An-trag bedürfen Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reichs der Zustimmung der betei-ligten Länder und der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann eine Neubildung durch Reichsgesetz (Ausnahmebeschluss): verfassungsänderndes Reichsgesetz) erfolgen, wenn die Bevölkerung sie selbst will und ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebiets es verlangt. (Ausnahmebeschluss: wenn ein Viertel der Wahlberechtigten oder die politischen oder die kommunalen Vertretungen eines Viertels der beteiligten Bevölkerung es verlangen). Zum Beschluss einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtrennung von Bezirken ist der Volkswille des ganzen Bezirks festzustellen. Ein Streit über die Vermögensaus-einanderlegung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden. Der Kompromißantrag will ferner in die Uebergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164a aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustim-men, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsver-fassung in Kraft treten.

Nach Annahme einiger von den Abgeordneten Dr. Duppe und Ludwig (Dem.) beantragter geringer Ände-rungen wird der Kompromißantrag Lohse-Trimborn-Heine zu Artikel 18 in namenslicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

Artikel 62 wird in der Ausnahmefassung mit einem vom Abgeordneten Dr. Duppe (Dem.) beantragten Zusatz ange-nommen, wonach das Stimmverhältnis im Reichsrat jeweils entsprechend der Bevölkerung neu veranlagt werden soll.

Glühender Lorbeer.

Roman von H. Seyffert-Klinger.

(Nachdruck verboten.)

Der Professor sah an seinem Arbeitstisch, ganz in seine Lektüre vertieft.

Ursula flog zu ihrer Mutter zurück, welche noch in dem Nebenzimmer verweilte; „das Unheil schwebt in der Luft“, flüsterte Thunelba, „aber woher, um Gotteswillen, woher kann es kommen?“

„Papa ist allein“, berichtete Ursula mit stockendem Atem, „Carlos muß schon wieder gegangen sein.“ Wie eine von der Unbill des Herbstes gebleichte Rose erschien ihr lässiges, junges Gesicht, aus dem fast alle Farbe geschwunden war.

Ohne ein Wort weiter zu sprechen, gingen sie zum Professor. Der zog gemächlich seinen Chronometer, als er seine Damen erblickte.

„Don Alvarez ist unpünktlich“, neckte er sein Töchter-chen, „eigentlich müßte er schon hier sein.“

Ursula hörte wie aus weiter Ferne die Worte ihres Vaters, ein Säusen und Brausen war plötzlich vor ihren Ohren, das ihr fast die Besinnung raubte. „Carlos war nicht bei dir, Papa? Wie ist das möglich? Er war doch hier, hat mir die herrlichsten Rosen gebracht und mich begrüßt. Bis zum kleinen Empfangszimmer gab ich ihm das Geleit, sagte ihm, daß er nur geradeaus zu gehen brauche, um zu dir zu gelangen, und daß du ihn erwartest. Er strahlte vor Glück. Ich ließ dann zu Mama in den Garten.“

Reinhold Beestow erhob sich. Wer ihn seit zwanzig Jahren nicht gesehen, hätte in der vornehm überlegenen Erscheinung mit dem schönen interessanten Künstlerkopf wohl kaum den Künstler von einst mit den kampfer-mühten Zügen, dem unstet flackernden Blick wieder-erkannt.

Wie hatte die Freude am Schaffen, Stolz und Glück über die sich häufenden Erfolge dieses Geistes geadeit!

Der Artikel 18.

Weimar, 22. Juli. Die Nationalversammlung nahm heute die Beratung des zurückgestellten Artikels 18 in An-griff, der die Länderbildung regelt und zu dem das schon ge-meldete Kompromiß der Regierungsparteien vorliegt. Der Sozialdemokrat Söhlmann empfahl dringlich seine Annah-me, indem er den Hauptwert auf die Bestimmung legte, daß die Wirksamkeit der Bestimmungen des Artikels 18 erst zwei Jahre nach dem Zustandekommen der Verfassung eintreten soll. Das Rheinland brauche jetzt vor allen Dingen Ruhe zur nationalen Selbstbestimmung. Hatte der Abg. noch ru-hig die Frage behandelt, wenn er austrat, so wandte sich der Zentrumsredner Dr. Kaas, Trier, mit einem Ultimatum sowohl an die Reichs- wie auch an die preussische Regierung. Er drohte der Reichsregierung, wenn sie der rheinischen Be-völkerung nicht die Möglichkeit schaffe, auf legalem Wege zur Selbständigkeit zu gelangen, so müsse sie eine explosive Entladung des Volkswillens mit ihren unübersehbaren Folgen fürchten. Diesen Folgen ließe sich durch das Kom-promiß vorbeugen. Es müsse aber erwartet werden, daß es auch von der Regierung loyal ausgeführt werde. Vor allen Dingen müsse die Schwerhörigkeit der preussischen Re-gierung aufhören, die bisher nur eine Stärkung der Aktivi-ten und eine Schwächung der Legalisten zur Folge gehabt habe. Diesem System müßte endlich ein Ende gemacht wer-den. Der Zentrumsredner bekannte sich als Freund des deutschen Einheitsstaates mit autonomen Stammländern, glaubt jedoch diesen Zustand erst als Endpunkt einer lan-gen Entwicklung ansprechen zu sollen. Der Demokrat Fall, Köln, hatte sich ebenfalls auf den Boden des Kompromisses gestellt, und seine frühere Forderung, daß alle Absonder-ungsbestrebungen einem verfassungsändernden Reichsgesetz vorbehalten bleiben müßten, fallengelassen. Er hielt die Rauten des Kompromisses für ausreichend, um die Inter-essen des Reiches in den Rheinländern zu wahren.

Der Deutschnational Dr. Philipp wies darauf hin, daß man sich mit dem Kompromiß auf eine Wippschale stelle. Nach dem Kompromiß könne sowohl alles beim alten blei-ben, aber es könne ebenso alles auf den Kopf gestellt werden. Auf sogenannten legalen Wege könne eine vollkommene territoriale Atomisierung des Reiches herbeigeführt werden. Der deutschnational Redner lehnte jede Fassung des Ar-tikels 18 ab, die eine Verstärkung Preußens ohne seine eigene Zustimmung ermöglige.

Der preussische Minister des Innern, Heine, stellte sich ebenfalls auf den Boden des Kompromisses und bat, nicht zu sehr Wert auf theoretische Betrachtungen dieses Kompromis-ses zu legen, sondern vor allen Dingen zu berücksichtigen, daß zunächst einmal eine Ruhezeit von zwei Jahren ein-trete. Das Wichtigste sei augenblicklich, sich auf den Boden zu stellen, auf dem wir stehen, und ihn nicht weiter umzu-wälzen und umzustürzen in dieser unruhigen Zeit. Wir müßten zunächst einmal alle auf diesem Boden an die Ar-beit gehen. Preußen werde gern bereit sein, sich mit ein-zelnen Teilen seiner Gebiete an den Länderbildungen zu be-teiligen, wie es das auch schon in der thüringischen und in der Hamburger Frage getan habe. Es müsse aber Wert darauf legen, als Groß-Preußen bestehen zu bleiben. Nach dem Minister ergriff der liberale Abg. Heine das Wort.

Aus Stadt und Kreis.

Erhöhung der Meisterprüfungsge-bühr. (Mitteilung der Handwerkskammer.) Zu der von der Vollversammlung der letzten Sitzung der Handwerks-kammer beschlossenen Erhöhung der Meisterprüfungsge-bühr hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe nun-mehr die Genehmigung erteilt. Hiernach beträgt die Mei-sterprüfungsgebühr für Maurer, Zimmerer, Steinmetze und Schornsteinfeger 40 M. und für die übrigen Handwerks-arten 30 M.

Ein schöner, stattlicher Mann war Reinhold Beestow geworden. Wohlthuende Ruhe war der Grundzug seines Wesens, die Befriedenheit, welche ihm früher so manchen ergebenen Freund geschaffen, war auch dem berühmten Künstler geblieben, bei allem Selbstbewußtsein, das ihn den Frauen so anziehend machte.

„Alvarez war schon hier?“ meinte er sorglos, „nun, dann wird er ja wiederkommen. Vielleicht wurde er von einem leichten Unwohlsein heimgeführt, oder es ging ihm etwas durch den Sinn, was er zunächst ausführen mußte.“

„Aber Reinhold!“ widersprach Thunelba, nun selbst aufs äußerste erregt.

Er winkte beschwichtigend mit der weißen, schmalen Künstlerhand. „Ruh dich über Ursula Blondbaar.“ „Sei doch nicht töricht, Töchterchen! Vielleicht vergaß Alvarez, die Schlüssel aus seinem Koffer zu ziehen, oder er hielt es für richtig, seinen Eltern eine Depesche zu senden. Es gibt so viel belanglose Gründe dafür, daß er noch ein-mal in sein Hotel zurückgegangen ist, ehe er zu mir kommt. Zur Beunruhigung liegt absolut kein Anlaß vor, das müßt ihr alle beide doch einsehen!“

„Ursel hat mich mit ihrer Nervosität angesteckt“, ver-suchte Thunelba zu scherzen, „aber du hast recht, Papa, Carlos wird schon wiederkommen, darum ist mir auch nicht bange.“

Ursula stand auf und ging langsam hinaus. Ihr war sterbensweh ums Herz. Sie konnte die Zuversicht ihrer Eltern nicht teilen. Das Glück, welches ihr so nahe wäre zu groß gewesen, meinte sie, dagegen erhob das Schicksal Einspruch.

Frau Beestow fragte die Dienerschaft aus, aber keiner hatte den Gast wieder fortgehen sehen; sie waren um diese Zeit mit dem Bogen der Lampen, des Silbers und anderen häuslichen Obliegenheiten beschäftigt.

Eine tiefe Verstimmung bemächtigte sich Thunelbas. Frauen mit ihrem feinen Ahnungsvermögen kommen leicht der Wahrheit näher. In einen nichtigen Zufall glaubte auch sie nicht. Sicher war ein Unglück geschehen.

Donigrichtpreis. Der Preussische Staatskommissar für Volksernährung, hat für den abzuliefernden Vorrat des Futters (Woll rethener) des Kreis-gebiets als Uebernehmerpreis festgesetzt. Dieser Preis soll gleichzeitig als Richtpreis beim sonstigen Verkauf des Vorrats dienen.

Obsthochpreise im ganzen 10. Armeegebiet. Das Oberverwaltungsamt der 10. Armee, dem die Verwal-tungsämter in Mainz, Wiesbaden und Kreuznach unter- stehen, hat, angesichts der Obstruktion der Händler, die so- fortige Festsetzung der für Mainz geltenden Höchstpreise für den ganzen Armeebereich beschlossen und an die nachgeord-neten Stellen bereits Anordnungen ergehen lassen. Es ist damit eine Preisgleichheit für das ganze besetzte Gebiet (Mainz), das besetzte Sessels-Rassau (Wiesbaden) und das hiesige Wirtschaftsgebiet zur Durchführung der Preise ge-schaffen.

Besitzwechsel. Haus Ecke Schul- und Wilhelm-straße ging zu 31 000 M. aus dem Besitz des Herrn J. Bel III. in den Besitz des Herrn Schiffer Bach hier über.

Handwerker-Erholungsheim in Es-sen-Trarbach a. d. Mosel. Das Erholungsheim, das seit Beginn des Krieges für unsere Zwecke geschlossen und von der Militärbehörde in Anspruch genommen war, ist nun-mehr frei und völlig in Stand gesetzt, sobald der Betrieb am 1. August 1919 wieder eröffnet werden wird. Der Preis wird voraussichtlich 12—14 Mark für den Tag betragen. In dem wir erholungsbedürftige Handwer-ker hiervon in Kenntnis setzen, bitten wir, etwaige Anmel-dungen entweder durch die Handwerkskammer oder direkt an den Verein Handwerker-Erholungsheim, E. B., Coblenz, Rixstraße 26, zu richten. Bedürftigen Handwerkern kann aus dem bezügl. Fonds eine angemessene Beihilfe zu den Kosten bewilligt werden. Bezügliche Anträge sind schrift-lich in begründeter Form an die Handwerkskammer zu richten. Nähere Auskunft erbittet man am besten direkt von dem Verein Handwerker-Erholungsheim zu Coblenz, oder auch bei der Handwerkskammer Wiesbaden.

Niederlahnstein, den 23. Juli. Die nächste Zeit besonders große Aufgaben zugewiesen. Wie aus Schifferkreisen berichtet wird, liegen in den hollän-dischen Häfen ganz gewaltige Mengen von Lebensmitteln aller Art, besonders amerikanischem Speck und Kolonial-waren zum Abtransport auf dem Wasserweg nach Deutsch-land bereit. Täglich treffen neue überseeische Ladungen ein, und es liegt im Interesse der geregelten Nahrungs-versorgung Deutschlands, daß diese gewaltigen Mengen Lebensmittel auf schnellstem Wege ihren Bestimmungsorten zugeführt werden, ehe sie durch allzulangen Transport Schaden leiden. Leider gingen große Mengen Karioffeln zugrunde, weil infolge der Kohlenkrise im Ruhrgebiet die Schifffahrt so lange unterbrochen war. Die Besatzungsbe-hörden bringen jetzt übrigens auf eine 14stündige Fahrzeit der Rheinschiffer, um allen Schwierigkeiten zu begegnen. Die Schiffer verlangen für jede Ueberstunde 3 Mt. Zulage.

Campe, 22. Juli. Die Stadt Soppard gibt neues Notgeld in 5-, 10- und 50-Pfennigstücken aus.

St. Goarshausen, den 23. Juli.

Kreisverband für Handwerk und Ge-werbe. Nach einer Besprechung mit dem Herrn Land-rat wird der Vorstand nunmehr die Errichtung einer Be-ratungs- und Auskunftsstelle des Verbandes in die Wege leiten. Es soll als Geschäftsführer dafür eine mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kreises vertraute und auch in Verwaltungs-Angelegenheiten erfahrene Persönlichkeit ge-wonnen werden. Der Kreis beabsichtigt das für den Kreis einzurichtende Berufsamt, welchem die planmäßige Berufsberatung obliegt, der neu zu errichtenden Geschäftsstelle an-zugliedern und den Geschäftsführer zum Leiter des Berufs-amts zu bestellen. Der Vorstand hat beschlossen, daß

Sie zitterte für ihr Kind. Ursula liebte den Spanier mit ihrer ganzen Seele. Wie grausam würde es sie treffen, wenn ihr junges, selig empfundenes Glück in Trümmer ging!

Eine Stunde nach der anderen verging, aber Carlos Alvarez kam nicht wieder.

Das Ehepaar sah allein am Frühstückstisch, Ursula hatte nichts genießen können, mit trockenen, verstellten Augen starrte sie in den Garten, wo der Herbst in diesen Tagen sein zerstörendes Werk begann. Der Wind rüttelte an den Scheiben, Regenschauer prasselten dagegen, gelbes Laub wirbelte durch die Luft, und die letzten Rosen stan-den entblättert.

Ursula wußte, daß alles aus war. Doch unmöglich schien es hier, daß Carlos sie in dieser zehrenden Unge-wißheit lassen könne, ein Zeichen müßte noch von ihm kommen, ein Schreiben, wenn auch noch so kurz und bündig.

Darum stand sie am Fenster und starrte auf den Gartenweg, der zur Pforte führte. Sie selbst wollte dem Boten den für sie bestimmten Brief abnehmen, welchen die Eltern in ihrer Besorgnis ihr vielleicht vorantreiben hätten.

Sie wartete, und nicht umsonst; gegen 4 Uhr sah sie den Hotelbedienten kommen.

Endlich, endlich! Ein leises, zages Hoffen hob ihm Brust. Ach, wenn doch all die Pein umsonst gewese-n wäre, versunken, wie ein schrecklicher Traum!

Sie flog förmlich die Treppe hinunter, öffnete, ehe der Bote schellen konnte, und nahm ihm die Briefe — es waren deren zwei — einer für sie, der andere für ihren Vater — ab.

Dem Diener, welcher jetzt dazukam, gab Ursula das für den Professor bestimmte Schreiben, dann eilte sie in ihr Zimmer, verriegelte es und öffnete das Kuvert.

(Fortsetzung folgt.)

Todes- + Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen gestern (morgen 11 1/2 Uhr meinen innigstgeliebten Vatern, unsern lieben treusorgenden Vater, Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Onkel

Hüttenarbeiter

Damianus Czerwinski

Gebatte von Anna Maria geb. Hohl

nach langem schweren mit großer Geduld ertragenem Leiden öfters versehen mit den heiligen Sterbesakramenten im Alter von 46 Jahren zu sich zu nehmen.

Am Rille Teilnahme bitten

Familie Czerwinski und Angehörige

Oberlahnstein, Niederlahnstein, Braubach und Coblenz, den 22. Juli 1919.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr von Hochstraße 81 aus statt. Das Traueramt wird am Montag, den 23. Juli 1919 morgens 9 1/2 Uhr abgehalten.

Georg Schmidt
Frieda Schmidt

geb. Nies

Vermählte.

Coblenz

Juli 1919

[1499]

Verkauf einer Schlosserwerkstätte.

Der Schlossermeister Wilhelm Pink dahier setzt seine in dem Hause Ostallee 30 befindliche, mit allen modernen Maschinen eingerichtete

Schlosserwerkstätte mit Inventar

am Freitag, den 1. August cr., nachm. 3 Uhr, an Ort und Stelle unter günstigen Bedingungen einem freiwilligen Verlaufe aus.

Oberlahnstein, den 21. Juli 1919.

Hermann Mettler,
Rechtsagent.

Schneider-Zwangsinnung

des Kreises St. Goarshausen.

Am 27. Juli, mittags 2 Uhr findet im Gasthaus „zur Krone“ zu St. Goarshausen eine

General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung zwecks Abschluß eines Lohnabkommens mit den Schneidergehilfenverbänden und Stellungnahme zu deren Forderungen
2. Besprechung von Fachangelegenheiten.

Um rege Teilnahme bitten

Der Vorstand. [1496]

Zur Zusammenführung

mit Johannisbeeren, Heidelbeeren und Stachelbeeren eignet sich

Rufs Kunstmossensatz

mit Heidelbeerenzutat und mit Süßholz zu 100 Lit. zu M. 17. — Stellen Sie Ihr Hausgetränk nach folgendem Rezept her und Sie erhalten ein Getränk, das Sie selbst überrascht.

Zur Herstellung von 150 Litern:

- 25 Pfund frische Beeren.
- 10 — 12 Pfund Zucker.
- 1 Flasche Rufs Kunstmossensatz mit Heidelbeerenzutat und mit Süßholz zu 100 Litern.

Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei.
Robert Ruf, Ettlingen, Heidelbeerverband.

Die kluge Hausfrau kauft nur

„Kleffer“-Einfachapparate und Konserbenaaläser.

Alleinverkauf für Braubach und Umgegend:

Jullius Rüping, Eisenwarenhandlung
Braubach a. Rhein.

[1447]

Sehr schönes

Tischtuchpapier

in 3 Meter langen und 1,20 Meter breiten Rollen gibt per Rolle zu M. 1,20 ab

Papierhaus

Ed Schlokol.

Das Papier wird auch vielfach von Schreibern zum Sargauschlagen verwandt.

Feldgrane

Kleidungsstücke

fürbt in passende Farben um Färberei Bayer.

Rheumatismus

Asiatischer, Magen-, Darm-, Leber-, Nierenleiden usw. werden mit gutem Erfolg behandelt von

Joh. Mohr,

Homöopathischer Heilkundiger, Cobl.-Mitternachts-Trienerstraße 125. Haltestelle Nabe-nachstraße. (767.)

Sprechstunden: Mittwochs und Freitags, von vorm. 9—12 und nachmittags 2—5 Uhr — Sonntags von 2—4 Uhr.

Ein-Bäckergeselle,

ilger der Oberländer Brotbacken durchaus versteht, nach Cöln gesucht. Best. Angebote wolle man schriftlich senden unter Angabe des Lohnanspruchs an

Simon Mahler, Cöln, Große Wittstraße 56, 15001

Tätiger

Schneidergeselle

sof. f. d. Arbeit gesucht. Julius Rein, Niederlahnstein [1497]

Junges Mädchen

vom Lande, nicht unter 16 Jahren zum baldigen Eintritt gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Fleißiges Mädchen

gesucht. Demselben ist Gelegenheit geboten das Kochen zu erlernen. Hotel Fürst, Braubach. [1504]

Stundenmädchen

für sofort gesucht Frau Frank, Adolfsstr. 62 15071 parietre.

Stundenmädchen

gesucht. Niederlahnstein Rheinstraße 16. [1483]

Geld

in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verliehen sofort H. Blume & Co. Hamburg 5.

Bilanz

der Molkerei-Genossenschaft Niehlen E. G. m. b. H.
pro 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	Pf.	Passiva.	M.	Pf.
1. Kasse	1816	32	1. Geschäftsguthaben	1675	—
2. Darlehnskasse Niehlen	15888	96	2. Reservefonds	23923	47
3. Ausstände	—	—	3. Betriebsrücklage	5000	—
Kto. Kring Oberlahnstein	14	80	4. Milchgeldrest	—	—
4. Lagerbestand 273 Pfd. Butter	1092	—	429021 Liter à 1 Pf.	4290	21
5. Immobilien	9000	—			
6. Mobilien	1	—			
7. Wertpapiere	—	—			
M. 9000 Kriegsanleihe	8730	—			
	38543	18		34888	68

Gewinn 1918 . 1954 60

Mitgliederstand Ende 1917: 149. Abgang: Keine.

1918: 149.

Geschäftsguthaben Ende 1917: M. 1670

Ende 1918: M. 1675.

Darlehnskasse Ende 1917: M. 49800

Ende 1918: M. 49800.

Molkerei-Genossenschaft Niehlen E. G. m. b. H.

Der Vorstand:

gez. Karl von der Heydt Sr. gez. Philipp Minor. gez. Philipp Redhardt.
gez. Philipp Friedewald. [1492]

Haut- und Geschlechtsleidende

frühes Erscheinen. — Schnelle Heilung.

Kräftige Heilung in 18 Stunden. Nervöse Schwäche. Blutuntersuchung nach Dr. Wasmann. Harnuntersuchungen.

Spezial-Bell-Institut Heinrich Specht.

Telefon 1894 COBLENZ, Burgstr. 6 I. Stock

Sprechstunden: 9—12 von 3—6 u. 8—9 Uhr abends.

Sonntags 9—12 von 2—4.

Anton Kessler

Tapezier und Polstergeschäft
Mittelstraße 36

empfiehlt sich in Anfertigung aller einschlagenden Arbeiten.

Spezialität: Betten u. Polstermöbel.

Lieferung von Möbel

in allen Ausführungen zu billigen Preisen. [1416]

Täglich Eingang in

Leinen und Baumwollwaren

Hemdentuche Meter von M. 5.20 an

Hemdenbiber 6.85 an

Baumwollene Stoffe

bedruckt u. gewebt für Kleider, Blusen, Jacken und Schürzen,

bedruckte Boiles 100 cm breit

(reiches Sortiment) von M. 13.50 an,

Herren-Bieberhemden von M. 22.75 an

Wilh. Dürselen Inhaber: Wilh. Rohe
St. Goarshausen a. Rh. [625]

Möbel

in allen Ausführungen

liefert zu billigen Preisen

Möbel-Vertrieb

Otto Klawiter, Coblenz

Löhrstr.- u. Kirohstr.-Ecke

gegenüber der Herz-Jesu-Kirche.

[1305]

In den Namenstagen

empfehle

Blühende Pflanzen

Blumenkörbe

und

Schnittblumen

Ant. Zentz, Burgstraße 20 [1490]

Reines doppeltgekohtes

holländisches

Leinöl

empfiehlt

Gg. Zimmermann

Oberlahnstein.

Für

Wiederverkäufer

Weinessig

Einnachessig

Tafellessig

Speiseessig

in größeren und kleineren Gebinden. Ferner:

Feinster

Tafelsenf

in Rüben, Eimern und Gläsern liefert

Jean Engel,

Braubach a. Rh. [1497]

Gallensteine

Leber-, Magen-, Darm-, Lungen-, Nieren-, Blutarmut, Haut-, Zuckerkrankheit

wurden schnell und dauernd beseitigt — ohne Gifte ohne Operation!

J. Bastian, Pfaffendorf

Emserstr. 187 (Haltestelle Gaswerk) Telefon 1457.

Sprechst. vorm. 9—12 nachm. 3—5 Uhr, nur an Werktagen. [1217]

Ganz neues, modernes, reinwollenes, schwarzes

Costüm

(Größe 46) zu verkaufen. Näheres: Geschäftsstelle [1499]